

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

15. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 29. August 2002

(15.09 Uhr bis 22.12 Uhr)

| | |
|--|----|
| Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 370..... | 27 |
| Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.: | 27 |
| | |
| 5. Verabschiedung der Tagesordnung II..... | 29 |
| | |
| 6. Wirtschaftsplan für die Städtischen Bühnen | 29 |
| | |
| Bericht des Magistrats vom 07.06.2002, B 603 | |
| Stadtverordnete Alexandra Prinzessin von Hannover, CDU:..... | 29 |
| Stadtverordneter Michael Langer, REP: | 32 |
| Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:..... | 34 |
| Stadtverordnete Brigitte Reifschneider-Groß, FDP:..... | 37 |
| Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE: | 38 |
| Stadtrat Dr. Hans-Bernhard Nordhoff:..... | 40 |
| Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:..... | 43 |
| Stadtverordneter Uwe Becker, CDU: | 45 |
| Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD: | 47 |
| Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:..... | 50 |
| | |
| 7. Grundsicherungsgesetz | 51 |
| | |
| Bericht des Magistrats vom 12.04.2002, B 430 | |
| Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD: | 56 |
| Stadtverordneter Heinz Daum, CDU:..... | 57 |
| Stadtverordneter Marcus Bocklet, GRÜNE:..... | 60 |
| Stadtverordneter Volker Stein, FDP:..... | 62 |
| Stadtrat Franz Frey: | 63 |
| Stadtrat Dr. Albrecht Magen: | 65 |
| Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:..... | 67 |
| Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.: | 68 |
| Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: | 70 |
| Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:..... | 72 |
| Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE: | 74 |
| Stadtverordneter Heinz Daum, CDU:..... | 75 |
| Stadtverordneter Peter Feldmann, SPD: | 76 |
| Stadtverordneter Uwe Becker, CDU: | 77 |
| | |
| 8. Für einen neuen Aufschwung in der Frauenpolitik in Frankfurt am Main Wann werden Ergebnisse vorgelegt? | 79 |
| | |
| Bericht des Magistrats vom 08.02.2002, B 157 | |
| <u>hierzu</u> : Antrag der GRÜNEN vom 29.04.2002, NR 607 | |
| <u>hierzu</u> : Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 22.05.2002, NR 645 | |
| Stadtverordnete Marlene Riedel, GRÜNE: | 79 |
| Stadtverordnete Rosemarie Schubert, REP: | 82 |
| Stadtverordnete Sybill Meister, CDU: | 83 |
| Stadtverordnete Brigitte Enzmann, SPD:..... | 84 |
| Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: | 86 |
| Stadtverordnete Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, CDU: | 89 |
| Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: | 92 |
| Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: | 94 |

aber doch so schlecht, dass ich an dieser Stelle noch etwas sagen muss.

(Beifall)

Wenn Sie uns vorwerfen, meine Damen und Herren, dass wir hier Wahlkampf machen und das nur an unsere Adresse richten und glauben, Sie verhalten sich hier heute Abend als die einzig Sachlichen, kann ich nur daraus schließen, dass Sie den Wahlkampf bereits aufgegeben haben. Das mag ja so sein.

(Beifall)

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(Zwischenfrage)

Ich habe nur eine kurze Zwischenfrage, wenn ich darf.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Gerne.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(Zwischenfrage)

Es ist heute Abend ungefähr genau so geworden, wie ich es befürchtet habe. Daher nur eine kurze Frage an Sie. Sind Sie mit mir nicht der Meinung, dass es ungefähr so langweilig heute Abend hier ist, wie das Kandidatenduell? Nur, dass man dummerweise nicht wegzappen kann.

Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:
(fortfahrend)

Ich muss Ihnen sagen, Frau Ditfurth, dass ich das Kandidatenduell äußerst ansprechend fand und auch die Diskussionen, die wir hier bisher, bis auf den letzten Beitrag, hatten. Von daher kann ich Ihre Meinung nicht teilen.

Einen Punkt möchte ich noch klarstellen, und darum ging es mir im Wesentlichen. Nachdem Herr Feldmann versucht hat, ein Bild von der Union an die Wand zu malen nach dem Motto: Jetzt geht es schon um die Ar-

men und Kranken und die alte Oma, die wir demnächst noch mit der Polizei aus den Sozialrathäusern heraustreiben wollen. Eine so lächerliche Argumentation - das bitte ich, an die Adresse der SPD insgesamt zu nehmen - habe ich in diesem Hause schon lange nicht mehr gehört.

(Beifall)

Deshalb will ich meinen Kommentar auch nur kurz machen. Natürlich sind wir uns alle im Ziel einig. Was wir über Jahre hinweg beklagt haben, dass nämlich gerade alte Menschen, die zum Aufbau dieses Landes beigetragen haben, in den vergangenen Jahren bewusst nicht zum Sozialamt gegangen sind, weil sie es nicht verwinden konnten, dann als Sozialhilfeempfänger zu gelten. Oder weil Sie Angst hatten, dass auf die eigenen Kinder Rückgriff genommen wird, von denen dann die Mittel entsprechend weggenommen werden. Darüber müsste man diskutieren, wie die konkrete Finanzierung aussieht. Bei uns geht es ganz klar um die Fragestellung, dass der Bund ein Gesetz gemacht hat und die Kommunen damit im Regen stehen lässt. Das ist die einzige Diskussion, die wir hier führen. Daher sollten wir auch ehrlich miteinander umgehen, Herr Feldmann.

(Beifall)

Wenn ich mir viele Sozialgesetze der vergangenen Jahrzehnte anschau, dann ist in der Zeit von Helmut Kohl, in den 16 Jahren, so viel auf die Beine gestellt worden, wie in keiner Zeit davor. Die Regierung Helmut Kohl war bezüglich der Sozialgesetzgebung in den 16 Jahren eine der erfolgreichsten, die diese Republik jemals gesehen hat. Wenn Ihr derzeitiger und noch 25 Tage amtierender Bundeskanzler in den vier Jahren nur die Hälfte seiner Versprechen erfüllt hätte, hätten Sie vielleicht noch ein Recht heute so aufzutreten. Herr Feldmann, das war die schlechteste Rede, die ich heute und vielleicht, wenn ich mich rückerinnere, in den letzten Monaten gehört habe.

(Beifall)

| | |
|--|----|
| Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 370..... | 27 |
| Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.: | 27 |
| | |
| 5. Verabschiedung der Tagesordnung II..... | 29 |
| | |
| 6. Wirtschaftsplan für die Städtischen Bühnen | 29 |
| | |
| Bericht des Magistrats vom 07.06.2002, B 603 | |
| Stadtverordnete Alexandra Prinzessin von Hannover, CDU:..... | 29 |
| Stadtverordneter Michael Langer, REP: | 32 |
| Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:..... | 34 |
| Stadtverordnete Brigitte Reifschneider-Groß, FDP:..... | 37 |
| Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE: | 38 |
| Stadtrat Dr. Hans-Bernhard Nordhoff:..... | 40 |
| Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:..... | 43 |
| Stadtverordneter Uwe Becker, CDU: | 45 |
| Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD: | 47 |
| Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS: | 50 |
| | |
| 7. Grundsicherungsgesetz | 51 |
| | |
| Bericht des Magistrats vom 12.04.2002, B 430 | |
| Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD: | 56 |
| Stadtverordneter Heinz Daum, CDU:..... | 57 |
| Stadtverordneter Marcus Bocklet, GRÜNE:..... | 60 |
| Stadtverordneter Volker Stein, FDP:..... | 62 |
| Stadtrat Franz Frey: | 63 |
| Stadtrat Dr. Albrecht Magen: | 65 |
| Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:..... | 67 |
| Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.: | 68 |
| Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: | 70 |
| Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:..... | 72 |
| Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE: | 74 |
| Stadtverordneter Heinz Daum, CDU:..... | 75 |
| Stadtverordneter Peter Feldmann, SPD: | 76 |
| Stadtverordneter Uwe Becker, CDU: | 77 |
| | |
| 8. Für einen neuen Aufschwung in der Frauenpolitik in Frankfurt am Main Wann werden Ergebnisse vorgelegt? | 79 |
| | |
| Bericht des Magistrats vom 08.02.2002, B 157 | |
| <u>hierzu</u> : Antrag der GRÜNEN vom 29.04.2002, NR 607 | |
| <u>hierzu</u> : Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 22.05.2002, NR 645 | |
| | |
| Stadtverordnete Marlene Riedel, GRÜNE: | 79 |
| Stadtverordnete Rosemarie Schubert, REP: | 82 |
| Stadtverordnete Sybill Meister, CDU: | 83 |
| Stadtverordnete Brigitte Enzmann, SPD:..... | 84 |
| Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: | 86 |
| Stadtverordnete Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, CDU: | 89 |
| Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: | 92 |
| Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: | 94 |

Notwendig ist auch ein Controlling - der Begriff wurde heute schon öfter in anderen Zusammenhängen genannt -, weil es nicht reicht, dass man die Ämter und die Dezernate arbeiten lässt, sondern sie müssen jedes Jahr - das finden wir richtig in dem Antrag - auch berichten, was sie erreicht haben.

Nun ganz konkret zum Antrag der GRÜNEN und der CDU, wobei, Frau Riedel, ich kann da Ihre Freude nicht ganz verstehen. Ich finde es schon interessant, dass Sie mit besonderer Freude berichten, die kommunalpolitische Frauenpolitik Frankfurts mit der CDU formulieren zu wollen. Das finde ich doch einen interessanten Umdenkungsprozess, wobei Ihre Kolleginnen und Kollegen von der CDU auf Landesebene an den Frauenförderplänen herumdoktern und sagen, wenn es andere Möglichkeiten gibt, lassen wir das lieber. Also, ich finde das gefährlich.

(Beifall)

Ich finde es auch schade, dass Sie Ihre ursprüngliche Idee, eine Gruppe unter Vorsitz der Dezernentin zu gründen, die dann auch andere Dezernenten zusammenruft und den Top-down-Prozess wirklich organisiert, fallengelassen haben. Das wäre bestimmt keine einfache Aufgabe für Frau Ebeling gewesen, aber das hätte sich für uns als Top-down-Prozess viel eher dargestellt als eine Kommission. Ich freue mich auch über Veranstaltungen, die zu diesem Bereich stattfinden werden.

Jetzt zu Ihrem Einwand, wir wollten keine Pilotprojekte, die sich mit Gender Mainstreaming beschäftigen. Da haben Sie uns falsch verstanden. Wir sehen aber, es gibt schon Projekte, es gibt Vereinbarungen, die damals Frau Schenk gemacht hat. Wir sind dagegen, immer wieder neue Pilotprojekte zu propagieren, sondern einmal die, die wir schon haben, darauf zu untersuchen, was ist gut, was ist schlecht gelaufen und das auf neue Projekte zu übertragen.

(Beifall)

Ich möchte wirklich alle aufrufen, meine Damen und Herren, lassen Sie uns nicht die nächsten drei Jahre noch einmal über den Aufschwung der Frauenpolitik diskutieren,

sondern ihn wirklich mit aller Kraft herbeiführen.

Jetzt noch eine Bemerkung zu den männlichen Kollegen, die mich teilweise schon etwas schläfrig anschauen. Auch Ihnen kann ich sagen, in Zukunft wird es vorbei sein, dass Sie sich hinter Ihren engagierten Frauenpolitikerinnen verstecken können, sagen können, macht mal, diskutiert mal. Denn ab sofort lassen Sie sich daran messen, was Sie in Ihren Arbeitsbereichen, sei es Kulturpolitik, sei es Sozialpolitik, sei es anderes, Wirtschaftspolitik, Schulpolitik, alle Bereiche, getan haben, um Chancengleichheit und Gleichberechtigung wirklich zu verankern und zu diskutieren.

Stellvertreter

Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Stadtverordnete Brigitte Enzmann, SPD:

(fortfahrend)

Frau Riedel möchte ich jetzt am Ende der Rede alles Gute wünschen, möchte Ihnen sagen, auch die Schule, das weiß ich aus Erfahrung, ist ein Ort des Gender Mainstreaming. Wenn Sie das mit Power dort durchsetzen, ist das bestimmt auch ein lohnendes Arbeitsfeld für Sie.

(Beifall)

Stellvertreter

Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:

Der nächste Redebeitrag kommt von Frau Ditfurth und ihr folgt dann Frau Professor Dr. Birkenfeld, dann hat Frau Ditfurth zum zweiten Mal die Möglichkeit, Gebrauch zu machen von einem weiteren Redebeitrag.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Einen wunderschönen späten Abend!

Ich kann mir zwei kurze Anmerkungen zu der Debatte von vorhin nicht ganz verkneifen, ich mache sie ganz kurz und komme dann zum Thema, weil ich finde, dass es das Thema ist, von dem ich hoffe, dass es am wenigsten Wahlkampf-verseucht ist heute Abend. Deswegen habe ich mich auch so lange zurückgehalten. Das Erste ist, noch einmal zu dem Kollegen Bocklet, der, wie so viele Männer hier im Raum herausgestreamt ist.

(Zurufe)

Ja, ich mache jetzt Wahlkampf, obwohl ich gar nicht kandidiere, deswegen bin ich da viel freier als ihr. Ich fand das vorhin köstlich, sich selbst als GRÜNER Law-and-Order-Politiker profilieren zu wollen.

(Beifall)

Man sollte vielleicht den Mund nicht ganz so voll nehmen, wenn man aus einer Partei kommt, deren grüne Funktionäre besser im Bonusmeilenzählen sind als im Wahlzetteln zählen.

(Beifall)

Die zweite kurze Bemerkung, es hat eine lange Geschichte mit dem Stimmzettelfälschen, das geht zurück bis früher in den ASTA der Universität Frankfurt. Aber gut. Zweitens zum Wahlkampf.

(Zurufe)

Nein, ich habe das noch nie gemacht. Ich finde solche Sachen nämlich eine Schweineerei. Das Zweite ist die Ankündigung einer Aktion. Ich will hiermit dem Kandidaten Frank eine Aktion ankündigen, ich gebe ihm vorher aber drei Tage Frist, seine dämlichen Plakate zu entfernen.

(Zurufe)

Sikorski, jemand, der in den Protokollen seine Beleidigungen verändert, weil er nicht dazu steht, sollte ein wenig stiller sein. Ich gebe dem Kandidaten Frank von der CDU drei Tage Zeit und wenn er dann nicht seine dämlichen Plakate hier unten am Römer weggestellt hat, so dass acht Laternenpfosten wieder frei sind, um Fahrräder daran zu

machen, die jetzt keinen Platz mehr haben, dann kneife ich die am Montag selbst ab.

(Beifall)

Also stellen Sie sie weg, ersparen Sie mir die Arbeit. Es waren nämlich heute keine mehr frei, aber dass Sie vom Fahrradfahren nichts verstehen, ist mir völlig klar. Und dass Sie von diesem Thema jetzt nichts verstehen wie so viele andere Männer im Raum, die dazu heute Abend nichts zu sagen haben, finde ich eine gute Voraussetzung dafür, dass wir über Gender Mainstreaming oder Emanzipation reden.

Am Anfang waren nicht die 68er, sondern, das zum Thema Geschichtsbewusstsein, vielleicht solche Frauen wie Olympe Marie de Gouges, die Pariser Kommunardinnen achtzig Jahre später, waren Sozialdemokratinnen schon im 19. Jahrhundert und danach waren es Kommunistinnen und Suffragetten, die wollten allerdings mehr, nur um daran zu erinnern, als bürgerliche Gleichheit oder Gleichstellung. Die wollten umfassende Emanzipation und soziale Gleichheit der Frauen wie aller Menschen, nur einmal, um widerzuspiegeln, auf welchem Hintergrund sich inzwischen frauenpolitische Diskussionen ...

(Zurufe)

Olympe Marie de Gouges, das war während der Französischen Revolution.

(Zurufe)

Nicht ganz, nein. Aber ich denke, Geschichtsbewusstsein könnte auch den GRÜNEN manchmal nicht schaden. Frauenpolitikerinnen sind, wie man heute Abend ja auch wieder sieht, ziemlich erfolgreich. Sozialdemokratinnen wurden Frauenministerinnen und dann zu Schröders Gedöns. Grüne Frauen dürfen, das muss ich anerkennen, inzwischen mit ihrem einzigen Vorsitzenden bei Pressekonferenzen am Tisch sitzen und dass es nicht auf gleicher Augenhöhe ist, liegt natürlich nicht an ihm. Die Frau des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten darf sogar sagen, sie habe eine eigene Meinung. Das finde ich ganz großartig.

Also, Erfolg auf der ganzen Linie, auch in anderen Bereichen dieser Gesellschaft, und das ist ja der Hintergrund, auf dem diese Debatte, dieser Antrag, diese Vorschläge, das Konzept von Gender Mainstreaming sich bewegt. 1,5 Prozent Erziehungszeiten für Väter ist eine großartige emanzipatorische Leistung, und auch an den Universitäten hat die Zahl der Professorinnen inzwischen im Galopp die 4-Prozent-Hürde überschritten. In der Wirtschaft sieht es noch besser aus. Es wäre auch die reine Verschwendung, wenn die qualifizierten, gebildeten Frauen den mittleren Führungsetagen ihre Wärme und ihre soziale Kompetenz entzögen! Schließlich ist es an der Spitze großer Konzerne kalt, so kalt, dass die Gehälter und Abfindungen dort als nichts anderes zu betrachten sind als Schmerzensgeld für Entsagung und Frust. Das kann man Frauen doch nicht zumuten.

Nicht viel anders ist es in Frankfurter Ämtern und Abteilungen. Man möge sich dort anschauen, wie viele Amtsleiterinnen es gibt, wie viele Abteilungsleiterinnen es gibt und wie die Positionsbesetzungen hier im Parlament und in den dazugehörigen Gremien bis hin zum Magistrat sind. Dann wird man sehr überzeugt davon sein, dass hier die Richtigen sitzen, die dieses Konzept durchsetzen.

Eigentlich wäre die tauglichste Grundlage für die Emanzipation des Menschen die Abschaffung der real existierenden Herrschaftsverhältnisse, aber das ist in diesem Parlament noch nicht einmal diskutierbar. Viele von denen, die es versucht haben über die Jahre, ob es Sozialdemokratinnen waren, Sozialistinnen, Kommunistinnen, Frauen aus den verschiedenen linken und halblinken Spektren, haben den Kampf aufgegeben oder haben sich Strategien ausgesucht, mit denen sie irgendwie kleine Erfolge einfahren wollen. Zum Teil sind das sehr mühsame Geschichten gewesen mit Erfolgen, die manchmal wirklich wertvoll sind und die notwendig durchzusetzen waren, aber zum Teil entwickeln sich auch, ich will das hier nur benennen, weil das, glaube ich, eine Überforderung für manche Teilnehmer der Debatte wäre. Inzwischen werden im Hintergrund oft ziemlich akademische Auseinandersetzungen, wie etwa die Dekonstruktivismusdebatte, strukturalismustheoretischen Ansätze et cetera geführt. Daher kommt der Begriff in euerem Antrag „Gender Mainstreaming“.

Wenn man da abwinkt, hat man keine Ahnung, woher die Kategorie kommt, die sich dann in Nairobi auf der Weltfrauenkonferenz 1985 durchgesetzt hat. Wie kann man da abwinken, wenn es um etwas geht, was man der Stadt Frankfurt verordnen will? Das verstehe ich rein logisch nicht.

Das heißt, es gibt inzwischen verschiedene Strategien, die daraufhin zu untersuchen sind, und dazu gehört natürlich auch dieses wunderbare Wort Gender Mainstreaming, was schlicht übersetzt werden könnte mit geschlechtlicher Gleichstellung. Man tut das aber nicht, man übersetzt es so nicht, was auch im Englischen/Deutschen nicht ganz perfekt geht, weil man mit dieser Begrifflichkeit Bezug nimmt auf Theorieansätze, die gar nicht mehr mittransportiert werden, die den Leuten, die das diskutieren, gar nicht mehr vermittelt werden.

Diese scheußliche Wörterkonstruktion ist neoliberalen Ursprungs und ist ein in den USA entwickeltes betriebliches Führungs- und Managementkonzept. Wenn man sich darauf bezieht, muss man das wissen. Gender Mainstreaming wurde mit der Absicht entwickelt, Wettbewerbsvorteile zu erlangen, unter anderem durch bessere Ausnutzung von so genannten Humanressourcen.

Ich verstehe die Nervosität von Frau Anders nicht. Von demokratischen Produktionsverhältnissen, von innerbetrieblicher Demokratie, von Emanzipation der Geschlechter ist bei vielen Menschen, die sich jetzt darauf beziehen und die diesen Begriff benutzen, nicht mehr die Rede, anders als bei den Urheberinnen solcherart feministischer Strategien wie Judith Butler. Ann Anders, du solltest die Leute nicht für blöde verkaufen.

Was steckt dahinter, wenn ausgerechnet autoritäre und vorwiegend männliche Bastionen wie die EU-Kommission oder die Weltbank, von deren Verbrechen in der so genannten Dritten Welt ist nicht zu schweigen, nun die so genannten, auch so ein schöner Sozialtechnikerbegriff, „Impulsgeber“ der europäischen Gender Mainstreaming-Debatte und -Konzeption etwa in der EU-Kommission sind? Und auf die wurde sich ja vorhin bezogen, dass das gewissermaßen das Vorbild sei. Dann müsste man aber noch einmal nachschauen und sich noch einmal in

den Kopf bringen, woher die Konzeption kommt, wer sie finanziert hat.

Die Fragen sind doch, hilft Gender Mainstreaming, um es einmal auf ganz einfache Fragen herunterzudeklinieren, bei der Emanzipation und im Kampf gegen Diskriminierung und patriarchalische Herrschaftsstrukturen? Hilft Gender Mainstreaming da wenigstens ein wenig? Oder flankiert Gender Mainstreaming vielleicht nur den Abbau des Sozialstaates? Das wäre doch eine interessante Frage. Geht es vielleicht nur um das Abschöpfen neuer Ressourcen zur Standort-sicherung? Bei der Durchsetzung neoliberaler Ordnungspolitik hilft, wenn beruflich qualifizierte Mittelschichtfrauen durch egalitäre Rhetorik mit den Verhältnissen, soweit überhaupt nötig, versöhnt werden. Ich nehme an, das ist vielleicht auch der Grund, warum hier eine gewisse Nervosität bei einigen Frauenpolitikerinnen etwa der GRÜNEN herrscht. Frauen, die versöhnt mit den Verhältnissen sind und denen man mit egalitärer Rhetorik vorgemacht hat, sie hätten übergroßen Einfluss, bringen dann mehr Leistung, die so genannte, und diese Worte fallen in den Konzeptionen etwa der EU und der Weltbank. Man nennt das Humanressourcen steigern. Das heißt, die Humanressourcen wachsen dann, und sie wachsen „nachhaltig“. Auch so ein schönes Konzept. Zur Verbesserung der Lage unterprivilegierter Frauen, Arbeiterfrauen, vergleichsweise die weniger gebildeten Frauen, Migrantinnen oder Frauen, den meisten Menschen in der Dritten Welt bringt Gender Mainstreaming als Konzept nichts, für die herrschenden Kreise, die politischen Klassen und deren weibliche Angehörige doch natürlich, das will ich gar nicht bestreiten. Am Unternehmensziel wird nicht gerüttelt, autoritäre Strukturen nicht angegriffen. Die Durchsetzung von Quoten, von Antidiskriminierungsgesetzen werden dabei aufgegeben, und das ist das Interessante ...

Stellvertreter

Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:

Frau Ditfurth, kommen Sie bitte zum Schluss. Sie haben nachher noch die Möglichkeit des Fortsatzes.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Auffällig ist doch, dass ein Begriff, der sich erst einmal harmlos darstellt und von dem bestimmt einige Protagonisten hier im Raum sozusagen nur Gutes meinen, dass dieser Begriff gleichzeitig davon begleitet wird, dass alte frauenpolitische Forderungen, über deren Radikalität man sich streiten konnte, wie Quoten, wie Antidiskriminierungsgesetz, wie Sanktionierung von Fehlverhalten von Betrieben und staatlichen Einrichtungen, dass diese Sachen alle langsam abgebaut sind und zum Teil schon aus der Diskussion rein begrifflich vollkommen verschwunden sind. Die Frage ist doch, warum das nicht zusammengehe, wenn es ernst gemeint ist.

Ich habe mich noch einmal gemeldet, Sie dürfen mich gleich noch einmal genießen.

Stellvertreter

Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Professor Dr. Birkenfeld, danach hat Frau Ditfurth noch einmal das Wort. Bitte!

Stadtverordnete Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, CDU:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren!

Ursprünglich dachte ich, man müsse nicht viel zu diesen Vorlagen sagen, denn es sah am Anfang so aus, als ob wir alle einer Meinung wären, alle in die gleiche Richtung spazieren, sozusagen auch alle schon gegendert wären. Bei der zweiten Rednerin allerdings, aus der Partei, die hinten rechts sitzt, habe ich dann das Gefühl gehabt, es ist doch notwendig, dass man hierzu noch einmal etwas sagen muss, weil offensichtlich noch nicht alles angekommen ist.

Ich will nicht auf die Einzelheiten eingehen, die die anderen Kolleginnen schon vorgetragen haben, was die Gleichberechtigung, die Arbeitsplätze, die Teilhabe am öffentlichen Leben von Frauen betrifft, sondern ich möchte noch einmal konkret auf das eingehen, was wir in Zukunft vorhaben. Denn wir geben heute dem Magistrat eine Aufgabe, eine Anregung mit, und auf die möchte ich gerne zu

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Ich glaube, die Frage ist verstanden worden.

Stadtverordnete Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, CDU:
(fortfahrend)

Die Frage ist angekommen. Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Die CDU Hessen hat unter unserem Parteivorsitzenden Herrn Roland Koch einen Wettbewerb ausgeschrieben zur Findung eines anderen Begriffes, beteiligen Sie sich daran, wenn Sie gute Ideen haben, werden Sie vielleicht gewinnen.

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Bitte, Frau Ditfurth!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Also, an dem Wettbewerb von Herrn Koch würde ich auch gerne teilnehmen, vielleicht gewinne ich da einen Plüschteddybären oder etwas Ähnliches.

Es ist noch einmal gefragt worden - laut, aber auch zwischen den Reihen -, noch einmal etwas zu den Begriffen zu sagen. Ich finde, wie gesagt, den Begriff Gender Mainstreaming auch ziemlich katastrophal. Es kommt aus einer Debatte, die will ich hier nicht auf-führen, nur noch einmal erwähnen, in der gesagt wurde, und das ist eine richtige Unterscheidung auf der Ebene der sprachlichen Kritik: Sex ist biologisches Geschlecht und Gender ist das soziologische Geschlecht, das heißt, die gesellschaftlich konstruierte Frauenrolle. Das zu dekonstruieren, also auseinander zu nehmen und in die eigentlichen Bausteine zu zerlegen, ist ein Teil einer Debatte, die hier auch nicht in Kürze wieder-zugeben ist. In dieser feministischen Genderdebatte ging es darum, diese „Geschlechterrollen zu dekonstruieren“. Das ist noch so ein Begriff aus dieser Diskussion, daher kommt auch der theoretische Ansatz und sein Name. Schwachstelle war allerdings,

das zeigt sich jetzt bei der Umsetzung des Konzeptes, die Ausblendung der Gewalt der materiellen konkreten kapitalistischen Verhältnisse.

(Zurufe)

Das müssten Sie doch verstehen! Ökonomisch denkende Leute unter Ihnen müssen verstehen, dass es ein Unterschied ist, ob man sich nur mit Sprache auseinander setzt oder ob man sich überlegt, welche materielle Grundlage so eine Diskussion, welche ökonomischen Bedingungen sie hat. Da brauchen Sie gar nicht zu grölen, da müssen Sie eigentlich sagen, es gibt einen Zusammenhang, den bewerten wir nur anders.

In der EU-Kommission ist das jetzt schon zu sehen, was die Schwachstelle dieses Konzeptes ist, sozusagen was ich jetzt gerne mit denen diskutieren möchte, die das ernst meinen mit dem Ansatz Emanzipation und zwar ist dort gleichzeitig, das heißt, die gleiche Einrichtung, die EU-Kommission, die eine rabiate Preispolitik, eine rabiate Kürzungspolitik verfolgt, die auch bedeutet, dass die Neuverschuldung der Staaten nicht mehr als drei Prozent betragen darf und dass das in den betroffenen Staaten heißt, Kürzungen im sozialen Bereich und das bedeutet, dass es mehrheitlich arme Frauen trifft, weil darunter eben mehr Frauen als Männer sind bei den Armen, bei den Niedriggestellten.

Das heißt, das läuft gleichzeitig mit der Behauptung, man wolle nur das Beste für die Emanzipation. Schon in dem Moment wird relativ schnell klar, wenn man die Konzepte der EU liest, dass es einerseits darum geht, bestimmte Frauen, qualifizierte, gebildete Frauen näher heranzuholen, um deren Potenziale abzuschöpfen. Ich denke mir dann, die landen dann als Kommunikationstrainerin bei irgendwelchen sozial verklemmten Managern, kriegen aber nie deren Jobs. Auf der anderen Seite wird verarmt, differenziert und heruntergedrückt, wer nicht in diese Kategorie dieser qualifizierten, nützlichen neuen jungen Ressourcen passt. Ich habe es vorhin noch am Schluss erwähnt, und weil es zu schnell war und ich wieder zu schnell gesprochen habe, will ich es kurz wiederholen:

Bisher gab es Begriffe und auch über die wurde innerhalb von linken Feministinnen

gestritten, was Antidiskriminierungspolitik hieß, was Quoten hieß, Gleichstellungspolitik und positive Diskriminierung ist. Jetzt tauchen diese Begriffe nicht mehr auf, immer weniger und zum Teil in diesen Konzepten, auf die hier Bezug genommen wird, mit dem Antrag der GRÜNEN und der CDU überhaupt nicht mehr. Jetzt kommen so Worte wie Querschnittspolitik oder Mainstreaming, ich finde das schon schön, weil das Wort Mainstream darin liegt. Das heißt, im Prinzip gibt es keine Genauigkeit mehr in den Analysen und Methoden, nur so etwas Wabbeliges wie „Dialog“ und kein Wort mehr wie Quote oder die Finanzierung von Frauenprojekten oder irgendwelchen anderen Geschichten, und es gibt überhaupt keinen feministischen Ansatz mehr. Das ist völlig fallen gelassen worden. Ich kann es nur noch einmal betonen. Es gibt überhaupt keinen Ansatz mehr, diese angeblich neue Variante von Gleichstellungspolitik zu verbinden mit einer Politik der Sanktionierung von Betrieben und staatlichen Einrichtungen, die gegen Diskriminierungsverbote verstoßen und Frauen etwa in neue Leichtlohngruppen stoßen. Das gibt es nicht mehr, das verbindet Sie. Nur die Frage ist, warum? Das heißt, dieses Konzept hat deswegen einen eigenen dämlichen, unnötigerweise englischen Namen - es gibt manchmal vielleicht notwendige oder akzeptable -, weil man dahinter eben nicht den bisherigen Begriff der Gleichstellung, nicht einmal den bisherigen Begriff auf Chancengleichheit versteht, sondern eine Form, die sich „bedingte Chancengleichheit“ nennt und reine Ideologie ist. Das unterstellt, dass auch Frauen bei gleicher Leistung gleiche Chancen haben. Es gibt keine Kategorien mehr, wie soziale Ungerechtigkeit, strukturelle Probleme, Erziehungsdefizite, schlechterer Zugang zur Bildung und, und, und, was die Masse der Frauen angeht. Ich rede jetzt nicht von privilegierten Kreisen. Es gibt auch keine Kritik mehr an der Leistungsgesellschaft, es gibt keine Analyse mehr von sozialem Unrecht oder gar von patriarchaler Herrschaft. Das ist alles weg und wird weggewischt mit diesem Konzept und das wird noch stärker werden. Deswegen stimme ich dagegen.

Aber zum Schluss kurz zu diesem Antrag. Die GRÜNEN haben im April 2002 mit ihrem Antrag NR 607 verlangt: "Das Prinzip des Gender Mainstreaming in Zukunft als zentra-

len Bestandteil in Politik und Verwaltung auf allen Ebenen zu realisieren." Dann folgen Punkte der technischen Umsetzung betreffend mit so schicken Hinweisen wie einen „konzentrierten Top-down-Prozess“ einzuleiten. Das heißt von oben nach unten, als ob Emanzipation jemals von oben nach unten durchzusetzen wäre. Das dürfte spätestens mit der Idee mancher Leute in der DDR doch gescheitert sein. Da hätten Sie doch vielleicht auch etwas daraus lernen können.

Der einzige inhaltlich begründete Satz im Antrag lautet: „Frankfurter Frauenpolitik über den Bereich der klassischen Frauenförderung hinaus zu erweitern und ein Selbstverständnis der Geschlechterpolitik zu entwickeln, also beide Geschlechter in den Blick zu nehmen.“ Das ist der einzige Satz, der etwas taugt, der einen Hauch von Inhalt vermittelt. Darum werde ich den Antrag nicht ablehnen, sondern mich auch in seiner neuen Form, in der schwarz-grünen Variante, enthalten, wegen des Konzepts nicht zustimmen. Wegen der äußersten Harmlosigkeit und der vermuteten vollkommenen Wirkungslosigkeit werde ich mich enthalten, weil ich in großzügiger Stimmung bin.

(Zurufe)

Der Antrag ist so bedeutungslos mit dem, was daraus werden wird, dass man da gar nicht groß falsch liegen kann. Jetzt haben sich CDU und GRÜNE in der Frauenfrage geeinigt. Der alte zurückgezogene Antrag wurde komplett von der CDU übernommen, finde ich auch hübsch. Nur die Frage, ob nun eine Gruppe von Dezernenten unter Vorsitz der Frauendezernentin oder eine Magistratskommission und so weiter, das war noch irgendwie ein Streitpunkt und der ist so etwas von nebensächlich. Nur zum Schluss: Meine Enthaltung und auch meine Stellungnahme begründen sich auch damit, dass ich es so bemerkenswert finde, dass ein Parlament, das so zusammengesetzt ist wie dieses, die GRÜNEN sind überquotiert, völlig klar, so eine Quotierung wie wir schafft ihr natürlich nicht, das ist klar, 100-Prozent-Frauenquote, welche Fraktion hat das hier im Haus schon, aber die CDU möchte ich mir dann einmal vornehmen. Wenn ich mir überlege, Sie stellen einen Antrag und wollen sozusagen die gesamten Ämter gendermainstreamen, was

ja irgendwie vielleicht doch so etwas bedeuten soll wie Frauen zu fördern, Sie schaffen es in den Ämtern nicht, Sie schaffen es in den Behörden nicht, Sie schaffen es noch nicht einmal im Büro der Stadtverordnetenversammlung, nirgendwo gibt es das, und gleichzeitig wollen Sie es anweisen. Wie ernst soll man denn eigentlich so einen Antrag nehmen, wenn die Antragsteller da, wo sie Einfluss haben, in der eigenen Fraktion etwa, nicht die geringste Anstrengung zeigen? Schauen Sie sich einmal um, wer Fraktionsvorsitzende sind, und schauen Sie, wie viele Frauen dabei sind. Zählen müssen Sie selbst.

Stellvertreter

Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:

Weitere Wortmeldungen liegen mir hier nicht vor, es sei denn, Herr Stein, Sie wollen sich noch melden.

(Zurufe)

Ich schließe ich die Aussprache und lasse nunmehr über die mit dem Ausschussbericht vorgelegte Empfehlung abstimmen, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I abgedruckt ist und lautet: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, a) die Vorlage B 157 dient zur Kenntnis. b) Es dient zur Kenntnis, dass die antragstellende Fraktion die Vorlage NR 607 zurückgezogen hat. c) Der Vorlage NR 645 wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt. Jetzt lese ich das Abstimmungsergebnis vor. Abstimmung zu B 157: CDU, SPD, GRÜNE, FDP und FAG Kenntnis. Zu NR 645: Buchstaben a), b) und d) CDU, SPD, GRÜNE, FDP und FAG Annahme, Buchstabe c) CDU, GRÜNE, FDP und FAG Annahme, SPD Ablehnung.

Die nicht im Ausschuss vertretenen Fraktionen haben wie folgt votiert: Republikaner Bericht B 157 Kenntnis, NR 645 Ablehnung. PDS B 157 Kenntnis als Zwischenbericht, NR 645 als Annahme. E.L. Bericht B 157 Kenntnis, NR 645 Annahme. Ich habe aber dem Wortbeitrag von Frau Ditfurth entnommen, dass das ausgedruckte Votum nicht aufrecht erhalten wird. Das ausgedruckte Votum lautet: ÖkoLinX-ARL B 157 Kenntnis, NR 645 Annahme. Trifft das noch zu?

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Enthaltung, hatte ich bereits gesagt. Aber ich habe mich deswegen gemeldet, nicht um das noch einmal zu sagen, ich war schon sicher, dass Sie es mitbekommen haben, sondern es sind zwei Vorlagen. Ich bitte, einfach bei dem bisherigen Verfahren zu bleiben und über die Vorlagen einzeln abzustimmen. Es ist ja nicht so kompliziert.

Stellvertreter

Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:

(fortfahrend)

Ich entnehme Ihrem Redebeitrag Folgendes, Ihrer Wortmeldung gerade auch: Sie stimmen dem Bericht zu, aber Sie enthalten sich bei dem Antrag NR 645. Wer dem Ausschussbericht, den ich gerade noch einmal korrigiert vorgelesen habe zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht). Gegenstimmen? (Geschieht). Enthaltungen? (Geschieht). Ich stelle fest, dass der Ausschussbericht mit den Stimmen aller Fraktionen, mit Ausnahme von ÖkoLinX-ARL, angenommen worden ist. ÖkoLinX-ARL hat gegen den Ausschussbericht gestimmt. Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 9.

Stellvertreter

Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 9., Konnexitätsprinzip, auf. Wir behandeln die Vorlage NR 731 der CDU, SPD, GRÜNEN, FDP-Fraktion mit dem Betreff „Ja zum Konnexitätsprinzip, wer bestellt, bezahlt“. Die FDP-Fraktion hat den Antrag zur Tagesordnung I gestellt, es ist mir aber mitgeteilt worden, dass darüber nicht mehr debattiert, sondern nur abgestimmt werden soll.

Ich lasse zur Verdeutlichung des Sachverhaltes über die Vorlage abstimmen. Die Fraktionen haben wie folgt zu dem Antrag votiert: CDU, SPD, GRÜNE, FDP Annahme, aber auch FAG, Republikaner-Fraktion, PDS, E.L. Annahme. Weitere Voten liegen hier nicht vor. Ich lasse nun über die Vorlage NR 731 abstimmen und frage nach Zustimmung,